



Rauf auf die Straße! Denn dort wird der Wandel erkämpft. Im Oktober rief die Fridays-for-Future-Bewegung zum Klimastreik in Berlin auf und forderte von den Parteien, die über die neue Regierung verhandeln, Fortschritte beim Klimaschutz. Foto: Paul Lovis Wagner/Campact CC BY NC 2.0

Was bringt uns die Ampel?

Die Vertreter*innen der nächsten Bundesregierung versprechen einen politischen Richtungswechsel. Darauf sollten wir nicht vertrauen, sondern lieber den Druck auf die Parteien erhöhen.



Holger Isabelle Jänicke

Bewegungsarbeiter*in der Stiftung und seit über 40 Jahren in sozialen Bewegungen aktiv.

Eine Ampel ist nach § 43 StVO eine Lichtzeichenanlage, die der Verkehrsregelung dient – und es wäre in der Tat ein großer Fortschritt, wenn die neue Koalition sich auch des Verkehrs annehmen würde. Es ist aber zu befürchten, dass sie bestenfalls nicht genug regelt und schlimmstenfalls die falsche Richtung bevorzugt. Es ist aber auch nicht einfach: Wann steht die Ampel auf Grün? Wenn Autos und LKW weiterhin CO₂ ausstoßend durch die Gegend brausen? Und wird Rot gezeigt, wenn Fußgänger und Fahrradfahrer sich den Straßenraum zurückerobern? Warnt Gelb vorher,

wenn das Klima warten muss, bis die Wirtschaft wieder brummt?

Wir brauchen keine Klimakosmetik, sondern Veränderung

Aber die Ampel steht ja nicht an einer geraden Straße, sondern an einer Kreuzung. Immerhin war es ja eine Richtungswahl! Was wird den einzelnen Spuren dann angezeigt? Wenn Rot auf Links steht und Gelb auf Geradeaus ... Nein, das denken wir nicht zu Ende. Das hieße ja, dass sich die SPD selbst blockiert, die FDP vor sich selber warnt und Grün wartet, bis die Anderen fertig sind. Nein, das wäre ja absurd. Woran können wir uns aber dann bei der Ampel orientieren? Wollen wir uns überhaupt an der Ampel orientieren? Geht es jetzt nicht eher darum, dass sich die Ampel an uns orientiert? Dann reicht es aber nicht, auf den Knopf zu drücken und abzuwarten.

Fakt ist doch: Keine der Parteien verspricht eine wirkliche Veränderung. Was die Welt braucht, ist aber keine Klimakosmetik, sondern ein fundamentales Umdenken im Umgang miteinander und mit der uns umgebenden Umwelt. Daher braucht jede Partei den Druck von der Straße, um tiefgreifenden Veränderungen nicht im Wege zu stehen. Jede Partei wird zum konservierenden Faktor, wenn es darum geht, Regierungsmacht zu erhalten. Umso wichtiger ist es, den Druck weiter zu erhöhen. Wirkliche positive Veränderung gibt es nicht über das Parlament, sondern nur über die Straße, über das zivilgesellschaftliche Engagement mit der gesamten zur Verfügung stehenden Klaviatur menschenfreundlicher Aktivitäten. Das wird eine Herkulesaufgabe für die nächsten Jahre.

Also müssen wir rauf auf die Straße. Denn Straßen sind nicht nur Verkehrswege, sondern immer auch der Ort der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und des politisch-gesellschaftlichen Wandels. Alle wichtigen gesellschaftlichen Veränderungen wurden auf der Straße ausgefochten und erkämpft. Regierungen und Parlamente haben diese lediglich in Gesetze gegossen. Wenn auf der Straße kein Druck gemacht wird, verliert sich Herrschaftspolitik in der reinen Verwaltung des Status Quo. Dabei sind die Ministerienapparate wirkmächtiger als die Parteien. Und beide haben das Bedürfnis ihren Einfluss zu wahren. Deshalb ist von ihnen keine wirkliche Veränderung zu erwarten. Die aber brauchen wir. Also sollten wir uns nicht von der Ampel bestimmen lassen, sondern die Ampelschaltung selber in die Hand nehmen. Und letztlich bräuchte es statt einer Ampel eher eine neue Straßendecke mit viel grünem Gras, gelb leuchtendem Getreide und roten Kirschen, damit die Städte wieder lebenswert werden.

Termine

Film-Abend Homo Communis
7. Dezember in Bremen

Antragsschluss Strategieberatung
1. Februar 2022

Strategiewerkstatt
11.-13. März 2022

Wir entscheiden im Januar aufgrund der aktuellen Corona-Lage, ob live in Berlin und/oder online

Wir brauchen einen breiten Anti-Gas-Widerstand!

Jana Bosse und Saskia Machel von unserem Förderprojekt „GasExit“ berichten, wie die Gruppe den Ausstieg aus klimaschädlichem Erdgas auf die politische Agenda bringen will.



Erdgas ist ein Klimakiller! Das war die Botschaft einer GasExit-Aktion vor einem Berliner Kraftwerk im Juli 2021.
Foto: Kristoffer Schwetje

Die Klimagerechtigkeitsbewegung hat lange für einen Kohleausstieg gekämpft. Der kommt nun – wenn auch viel zu spät. Und erst langsam beginnen die Diskussionen darüber, wie die Kohle ersetzt werden soll. Viele Steinkohlekraftwerke werden nicht nur für die Strom-, sondern auch für die Wärmeversorgung genutzt. Eine nachhaltige Alternative würde einen vollständigen Umbau der Wärmeversorgung notwendig machen. Statt zentraler Großkraftwerke werden dezentrale Lösungen benötigt, vorhandene (Ab-)Wärmequellen müssen identifiziert und angeschlossen werden und der Wärmebedarf durch sozialverträgliche energetische Sanierung gesenkt werden.

Statt den nötigen Rahmen vorzugeben, verschleppt die Bundesregierung die Wärmewende durch massive Investitionen in neue Erdgaskraftwerke. Diese Milliarden an fossiler Subvention erhalten die bisherigen Geschäftsmodelle großer Unternehmen und sorgen dafür, dass Kohlekraftwerke durch etwas ersetzt werden, was in der Klimabilanz kein bisschen besser ist. Denn Erdgas besteht fast vollständig

aus Methan, einem Gas, das in den ersten 20 Jahren nach Ausstoß 87-mal so klimaschädlich ist wie CO₂. Und dieses Gas entweicht überall entlang der Lieferkette. Die CO₂-Emissionen am Kraftwerksschlot sind dann nur noch die Spitze des Eisbergs.

GasExit protestiert bundesweit

GasExit hat sich Anfang des Jahres 2021 gegründet, um eine Kampagne gegen den Bau neuer Erdgaskraftwerke und für eine erneuerbare und bezahlbare Wärmewende im Vorfeld der Bundestagswahl zu starten. Durch Protestaktionen und Informationen wollten wir das Thema in die Klimagerechtigkeitsbewegung tragen und auf die politische Agenda setzen. Gemeinsam mit vielen anderen Aktiven aus ganz Deutschland haben wir drei dezentrale Aktionstage, ein Anti-Gas-Camp mit einer großen Hauptaktion im August organisiert und eine Zeitungsbeilage gestaltet. Während der erste Aktionstag im März vor allem dazu diente, uns als Bündnis bekannt zu machen, haben wir am zweiten Aktionstag mit der von uns erfundenen Initiative „Stadtwerke for Fu-

ture“ einen neuen fiktiven Zusammenschluss von Stadtwerken und Energieversorgern vorgestellt. Wir behaupteten, diese habe das Ziel, gemeinsam aus der Erdgasnutzung auszusteigen. Video-Statements und Plakat-Aktionen sorgten für große Sichtbarkeit, insbesondere in den sozialen Medien. Die Reaktionen kamen prompt: So ließ uns der Berliner Gasversorger GASAG wissen, dass sie zwar prinzipiell auch für Klimaschutz sind, aber doch bitte nicht sofort... Die Videos endeten mit der Auflösung, dass es den Zusammenschluss leider noch nicht gibt, er aber dringend nötig wäre.

Unser letzter dezentraler Aktionstag adressierte direkt die Erdgaskraftwerke. Wir forderten, sie möglichst rasch abzuschalten und durch echte, erneuerbare Alternativen zu ersetzen. Daran knüpfte die Hauptaktion an, bei der wir gemeinsam vor das Gaskraftwerk in Herne zogen – eines der großen, in Bau befindlichen Erdgaskraftwerke. Es soll ein Kohlekraftwerk ersetzen, ist aber größer und damit noch klimaschädlicher als sein Vorgänger. Das begleitende Camp diente als Ort der Weiterbildung und Vernetzung, um das Thema Erdgas noch stärker in der Klimagerechtigkeitsbewegung zu verankern.

Fossile Gas-Subventionen stoppen!

Wenn Deutschland die Pariser Klimaschutzziele ernst nimmt, muss der Erdgasausstieg in der kommenden Legislaturperiode eingeleitet werden. Fossile Subventionen müssen gestoppt und dafür eine sozialverträgliche Wärmewende gefördert werden. Dafür wird sich GasExit auch nächstes Jahr einsetzen, mit vielen Ideen, die wir in den kommenden Wochen weiter ausarbeiten. Klar ist aber: Bis sich in der öffentlichen Debatte durchgesetzt hat, dass der Erdgasausstieg genauso notwendig ist wie der Kohleausstieg, ist es noch ein weiter Weg!

Mehr Infos: www.gasexit.de

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:** Holger Isabelle Jänicke, Jana Bosse, Saskia Machel, Lauritz Kidritsch **Verantwortlich:** Wiebke Johanning, johanning@bewegungsstiftung.de
Kontakt: Telefon 04231/957 540, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de **Bankverbindung:** Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE56 4306 0967 0046 3144 00 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

„Meine Zustiftung war eine Entscheidung aus dem Bauch heraus“

Stifter*innen vorgestellt: Bernhard Hiergeist, Jahrgang 1987, ist Journalist und lebt in München. Er berichtet im Interview, was sein Spezialgebiet Comedy mit Politik zu tun hat.



Bernhard bewegen die Themen Klimaschutz, Ungleichheit und Rechtsruck.

Foto: Privat

Bernhard, wie hast du von der Bewegungsstiftung erfahren?

Bernhard Hiergeist: „Ich habe im Frühjahr einen Artikel über euch in der Süddeutschen Zeitung gelesen und habe dann spontan die 5.000 Euro Zustiftung überwiesen.“

Was hat dich überzeugt Stifter zu werden?

„Ich habe auf eure Webseite geguckt und fand die Projekte gut, die ihr fördert. Das sind so viele, dass ich noch keinen umfassenden Überblick habe. Aber ich stoße immer wieder auf neue Förderprojekte, wo ich dann sage: Na, da schau an. Zum Beispiel der Verein „Bahn für alle“, der sich für eine bessere Bahn engagiert, damit alle Menschen im Land eine gute Anbindung haben und mehr Verkehr von der Straße und aus der Luft auf die Schiene verlagert werden kann. Ich bin auch Bahnfahrer und finde das wichtig. Aber auch die Förderung von Flüchtlingshilfe und Bildungsgerechtigkeit hat mich überzeugt. Meine Zustiftung war tatsächlich eine Entscheidung aus dem Bauch heraus, und es hat sich im Nachhinein gezeigt, dass sie nicht falsch war.“

Welche politischen Themen bewegen dich?

„Natürlich Klimaschutz, aber auch die Ungleichheit in der Gesellschaft und das Thema Armut. Was mich als Journalist außerdem sehr umtreibt, ist das Thema Rechtsruck, Rechtsradikalismus und die Bewegung dahin auch im Diskurs.“

Schreibst du auch darüber?

„Mein Spezialgebiet als freier Journalist ist Comedy und Kabarett. Man würde zuerst vermuten, dass das überhaupt nichts mit diesen Themen zu tun hat. Freunde sagen oft: Du hast es gut, schreibst immer über lustige Dinge und kannst dich unterhalten lassen. Aber das ist überhaupt nicht so. Wie unter einem Brennglas findest du in der Unterhaltungsindustrie alle politischen Themen. Zum Beispiel Ungleichheit: Wer kann es sich überhaupt leisten, einen prekär bezahlten Kulturberuf anzunehmen? Oder Diversität: Warum stehen immer nur Männer auf der Bühne? Das ist ein großes Thema in der Stand-Up-Comedy-Szene. Wenn von zehn Auftretenden eine Frau dabei ist, dann ist das schon gut. Dann gibt es in den USA – aber auch

in Deutschland – Comedians, die bislang unsagbare Dinge in das Zentrum der Gesellschaft rücken und dann sagen: Ist ja alles nur ein Witz. Manche denken sich gar nichts dabei. Aber im Ergebnis verschiebt es den Diskurs und zwar meistens nach rechts.“

Nochmal zurück zur Stiftung: Du bist seit einem halben Jahr dabei. Welchen Eindruck hast du?

„Die Stiftung wirkt auf mich wie eine gut geölte Maschinerie, die läuft und gut funktioniert. Da muss man als Neuer erst einmal seinen Platz finden. Bisher habe ich an einem Online-Treffen von Stifter*innen teilgenommen. Ich würde mich auch gerne in der Arbeitsgemeinschaft zum herrschaftskritischen Diversitätsprozess engagieren, wenn es meine Zeit zulässt.“

Warum findest du das Thema Diversität wichtig?

„Mein Eindruck von außen ist: Die Stiftung will das Thema grundsätzlich anpacken, nicht so wie einige Konzerne, die sich Diversität als Etikett aufkleben und sagen: Schaut mal, jetzt sind auch ein paar Frauen dabei. Bei euch geht der Prozess tiefer. Das finde ich gut. Vielen Organisationen fällt es schwer, auf die eigenen blinden Flecken zu schauen. Man will nicht gerne gesagt kriegen: Übrigens ihr seid ja auch mehrheitlich weiß und männlich. Da habe ich den Eindruck, dass die Stiftung sich was sagen lässt und die Menschen fragt, die es besser wissen.“

Was wünschst du der Bewegungsstiftung für die Zukunft?

„Eigentlich wäre es das Beste, wenn es die Stiftung irgendwann nicht mehr geben muss. Denn es sind ja die Versäumnisse in der Gesellschaft und in der Politik, die soziale Bewegungen anprangern und wo sie bei ihrer Arbeit von der Stiftung unterstützt werden. Das Beste für die Stiftung wäre also, wenn sie sich irgendwann überflüssig machen könnte. Das ist ziemlich sicher ein utopisches Szenario. Abgesehen davon finde ich, ist die Bewegungsstiftung auf einem guten Weg.“

Unsere neuen Förderprojekte



„Rise up for Justice“ hat in Düsseldorf eine Gedenk-Demo für George Floyd mit organisiert. Der schwarze US-Amerikaner wurde 2020 von einem Polizisten ermordet. Foto: Rise up for Justice

Starthilfe-Förderung

Rise up for Justice

Die Jugendinitiative aus Nordrhein-Westfalen setzt sich gegen Rassismus und Diskriminierung ein. Die Gruppe will Jugendliche aus prekären Stadtteilen mobilisieren und setzt dafür auf Musikveranstaltungen, Begegnungsfeste, Rap-Workshops und Kundgebungen. Die Initiative wird von jungen Menschen mit und ohne Rassismus-Erfahrung getragen und will anderen ermöglichen, ihr Engagement zu entfalten.

Förderung: 8.050 Euro

Unsere Vernetzung gegen eure Morde

Jeden dritten Tag starb 2019 in Deutschland eine Frau durch die Hände ihres (Ex-)Partners. Weltweit werden Frauen in ihren Familien, in der Partnerschaft, in Kriegen und Genoziden auf Grund ihres Geschlechts getötet. Die Begriffe Femizid und Feminizid geben dem strukturellen Morden einen Namen. Das Netzwerk gegen Feminizide in Berlin und die Frauenbegegnungsstätte Utamara wollen mit der Kampagne Gruppen im deutschsprachigen Raum vernetzen. Außerdem soll ein gemeinsamer Leitfaden für Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit und den Umgang mit Angehörigen erarbeitet werden.

Förderung: 10.000 Euro
netzwerkgegenfeminizide.tk
utamara.org

Sichtbar und selbstbestimmt

Die Initiative von Menschen aus Leipzig, die selbst sexualisierte Gewalt und Vergewaltigung erfahren mussten, will andere Betroffene bei der Selbstorganisation unterstützen und so das Thema als gesellschaftliches Problem sichtbarer und besprechbarer machen. Die Gruppe will die Betroffenen-Perspektiven in Debatten einbringen, auf die strukturellen Gründe für sexualisierte Gewalt hinweisen und verhindern, dass Vergewaltigungen weiterhin als tragische Einzelfälle diskutiert werden. Dazu will sich die Gruppe festigen, weitere Aktionsgruppen im Umland gründen und mit Podcast, Aktionen, Workshops und Vorträgen an die Öffentlichkeit gehen.

Förderung: 7.200 Euro

Climate Clinic

Der Verein Climate Clinic ist eine studentische Rechtsberatung, die NGOs und Aktivist*innen beim Thema Klimapolitik juristisch unterstützt. Ziel der Initiative ist es, das Wissensgefälle zwischen jungen Menschen und Politiker*innen auszugleichen und das Recht nicht als Hemmnis, sondern als wirksames Instrument für mehr Klimaschutz zu begreifen. Mit Webinaren und Videos will der Verein vielen Menschen Fachwissen zugänglich machen. Außerdem prüft Climate Clinic die Forderungen von Klima-Aktivist*innen auf rechtliche Machbarkeit und mischt sich in Fachdiskussionen ein.

Förderung: 5.346 Euro

Kampagnenförderung

Fahrplan Verkehrswende

Die Initiative „Einfach Einsteigen“ will mit der Kampagne ein Verkehrswende-Gesetz in Bremen durchsetzen und damit ein Vorbild für ähnliche Gesetze in ganz Deutschland schaffen. Es soll Rad- und Fußverkehr sowie öffentlichen Nahverkehr in Bremen stärken und so eine klima- und lebensfreundliche Mobilität für alle ermöglichen. Mit Aktionen, Lobbyarbeit und einem Bürgerantrag will die Initiative im Bündnis mit anderen Druck auf die Bremer Politik machen.

Förderung: 15.000 Euro
einsteigen.jetzt

Basisförderung

Barnim für alle

Die Gruppe aus dem ostdeutschen Landkreis Barnim engagiert sich gegen Rassismus und für die Rechte von Geflüchteten. Sie besteht aus geflüchteten Schwarzen Menschen, indigenen Menschen, Menschen mit Rassismus-Erfahrungen und wenigen weißen Menschen. Die Initiative unterstützt Geflüchtete bei der Selbstorganisation, trägt ihre Perspektive in die Öffentlichkeit, macht Druck bei Konflikten mit Ausländerbehörde und Sozialamt und versucht Abschiebungen aus dem Landkreis Barnim zu verhindern. Dazu organisiert „Barnim für alle“ Workshops, bietet Beratung an und veranstaltet Demos. Die Bewegungsstiftung unterstützt diese Arbeit bis 2023 mit einer **Basisförderung von insgesamt 65.000 Euro**.

refugeeswelcomebarnim.blogspost.de

JUMEN

Die Organisation unterstützt Betroffene von Menschenrechtsverletzungen in Deutschland dabei, ihr Recht durchzusetzen – auch vor Gericht. Ziel ist, mit dem Mittel der strategischen Prozessführung über den Einzelfall hinaus strukturelle Veränderungen zu erreichen. JUMEN arbeitet zu den Rechten von Geflüchteten, zum Thema Gewalt gegen Frauen und zum Recht auf Wohnen. Wir haben den Aufbau des Vereins seit 2019 mit einer Basisförderung von 60.000 Euro unterstützt. Nun fördern wir mit einer weiteren **Basisförderung von insgesamt 70.000 Euro** den weiteren Ausbau des Fundraisings bis 2024.

jumen.org

„Lassen Sie sich von Ihren Wünschen leiten“

Im Dezember erscheint eine Neuauflage unserer Broschüre zu Testament und Erbschaft. Darin finden sich auch diese fünf Tipps der Erbrechts-Expertin Ursel Etzel.



Ursel Etzel

Fachanwältin für Erbrecht in Hamburg und Stifterin der Bewegungsstiftung

1. Bestimmen Sie selbst, was mit Ihrem Nachlass geschieht.

In Deutschland regelt die gesetzliche Erbfolge, wer erbt. Dabei werden zuerst die nächsten Angehörigen berücksichtigt. Gibt es keine Angehörigen und liegt kein Testament vor, erbt automatisch der Staat. Das ist nicht in Ihrem Sinne? Dann verfassen Sie ein Testament. Damit bestimmen Sie selbst, wer welchen Anteil von Ihrem Nachlass erhält. Mit einem Testament können Sie auch Freund*innen oder eine Organisation, die Sie unterstützen wollen, begünstigen.

2. Sorgen Sie dafür, dass Ihr Testament gefunden wird.

Sie können Ihr Testament handschriftlich oder mit Hilfe einer Notar*in aufsetzen. Das Notariat sorgt dafür, dass Ihr Testament beim zentralen Testamentsregister registriert wird. Wenn Sie Ihr Testament ohne notarielle Hilfe handschriftlich aufsetzen, können Sie es auch selbst kostengünstig beim Amtsgericht verwahren lassen. In beiden Alternativen ist sichergestellt, dass Ihr letzter Wille berücksichtigt wird und das Testament nicht verloren geht; das Testament im Bankschließfach aufzubewahren, ist dagegen weniger empfehlenswert.

3. Regeln Sie Ihren Nachlass so einfach und klar wie möglich und konzentrieren Sie sich auf das Positive.

Ein Vermächtnis soll den Hinterbliebenen etwas Gutes tun und nicht für unschöne Überraschungen sorgen. Deshalb strukturieren Sie Ihr Vermögen so, dass es einsatzfähig ist und trennen Sie das Finanzielle von dem Emotionalen. Das Testament ist kein Ort, um alte Rechnungen zu begleichen und in langen Ausführungen Ihre Entscheidungen zu erklären.



Wie kann ich Menschen, Ziele, Ideale, die mir wichtig sind, auch nach meinem Lebensende unterstützen? Unsere Broschüre gibt Antworten. Foto: Tim Wagner/Alle Dörfer bleiben CC BY 2.0

Streit in einer Erbschaftssache entsteht oft dann, wenn Angehörige bei der Testamentsöffnung aus allen Wolken fallen, weil sie (fast) leer ausgehen. Wenn das persönliche Verhältnis es zulässt, sprechen Sie vorab mit den Menschen, die Sie begünstigen wollen.

4. Berücksichtigen Sie die Bedürfnisse der Nachlass-Empfänger*innen.

Es ist nicht einfach, über Themen wie Erbschaft und Tod zu sprechen. Sie können heftige Emotionen auslösen – bei Ihnen selbst, aber auch bei Ihren Lieben. Doch wenn Sie das Gefühl haben, dass ein Gespräch darüber möglich ist, dann führen Sie es. Sprechen Sie mit Angehörigen und Partner*in über deren Erwartungen, Sorgen und Wünsche und darüber, was der jeweiligen Seite wichtig ist. Es bleibt zwar allein Ihre Entscheidung, aber Sie können die Gesprächsinhalte entsprechend berücksichtigen. Es kann auch sinnvoll sein, Organisationen, denen Sie etwas hinterlassen möchten, vorab zu informieren, – vor allem, wenn es sich um Sachwerte wie Immobilien handelt, die mit Verwaltungsaufwand verbunden sind. Wenn Sie Sorge haben, nach einem solchen Vorgespräch mit Spendenanfragen

belagert zu werden, sollten Sie das ansprechen und vereinbaren, dass die Organisation nicht unaufgefordert Kontakt mit Ihnen aufnimmt.

5. Lassen Sie sich hauptsächlich von Ihren Wünschen leiten und nicht nur vom Steuerrecht.

Wenn Sie Ihren Nachlass ordnen, ist es sinnvoll auch die steuerlichen Konsequenzen zu bedenken. Vermächnisse und Erbschaften an gemeinnützige Organisationen wie die Bewegungsstiftung sind zum Beispiel von der Erbschaftssteuer befreit. Sie kommen damit immer vollständig dem guten Zweck zugute. Doch lassen Sie sich beim Verfassen eines Testaments nicht vom Steuerrecht lenken, sondern von Ihren Wünschen. Die zentralen Fragen dabei lauten: Was soll mit meinem Lebenswerk geschehen? Welche Menschen, Ziele und Ideale sind mir wichtig? Wie kann ich sie auch nach meinem Lebensende unterstützen? Steuern werden immer mal wieder geändert – Ihr letzter Wille aber bleibt erhalten.

Über dieses Online-Formular können Sie unsere kostenlose Broschüre zu Testament und Erbschaft bestellen: t1p.de/erbschaft

„Der Volksentscheid war nur der erste Schritt“

Johannes Schorling und Marieke Prey von der Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ berichten, wie es in der Auseinandersetzung um die Vergesellschaftung von Wohnraum in Berlin weitergeht.



Johannes Schorling und Marieke Prey in den Sammelwesten der Initiative. Foto: Lauritz Kidritsch

Was ist das Ziel eurer Kampagne „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“?

Johannes Schorling: Wir wollen erreichen, dass Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin enteignet werden. Es geht insgesamt um 240.000 Wohnung, die wir mit dem Mittel des Volksentscheides vergesellschaften wollen. Der Artikel 15 des Grundgesetzes macht eine Enteignung von Wohnraum möglich.

Marieke Prey: Ende September ist der Volksentscheid durchgeführt worden. Es haben 59 Prozent der Berliner*innen für die Enteignung der Wohnungskonzerne gestimmt. Das ist ziemlich cool!

Was heißt das jetzt? Wie geht es weiter?

Marieke: Wir haben gewonnen! Über eine Million Berliner*innen sind für die Enteignung und Vergesellschaftung von Wohnraum. Das ist ein starkes Zeichen. Aber unsere Kampagne ist damit noch nicht zu Ende. Jetzt muss der Volksentscheid umgesetzt werden. Momentan bildet sich die neue rot-rot-grüne Berliner

Landesregierung und aus den ersten Sondierungsgesprächen geht hervor, dass diese die Vergesellschaftung von Wohnraum nicht im Sinne des Volksentscheides umsetzen will. Wir müssen jetzt Druck auf die zukünftige Regierung ausüben, damit dies doch passiert.

Johannes: Für uns alle ist klar: Der Volksentscheid war nur der erste Schritt, damit hat der Kampf für Enteignung eigentlich erst richtig angefangen. Franziska Giffey von der SPD hat schon im Wahlkampf Enteignung zu einer roten Linie erklärt. Es geht jetzt darum, bei allen Koalitionsverhandlungen und Sondierungsgesprächen da zu sein und einzufordern, dass das demokratische Ergebnis des Volksentscheides umgesetzt wird.

Ihr wollt enteignen. Aber ist das nicht wahnsinnig teuer?

Johannes: Das muss aus unserer Sicht nicht so sein. Im Artikel 15 des Grundgesetzes steht: Grund und Boden können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Allgemeinentum überführt werden. Findet der Artikel Anwendung, dann muss nicht nach Marktwert entschädigt werden. Diverse juristische Gutachten bestätigen diesen Punkt. Die Enteignung ist

somit nicht teuer, sondern ein guter Deal für die Stadt. Sie erwirbt unglaubliche Vermögenswerte, 240.000 Wohnungen. Aus den Mieteinnahmen kann die Entschädigungssumme bezahlt werden. Langfristig profitiert der Landeshaushalt.

Marieke: Wir schlagen ein faires Mieten-Modell für die Berechnung der Entschädigungssumme vor. Es orientiert sich an einer für alle bezahlbaren Miete. Sie beträgt etwa 4,40 Euro pro Quadratmeter. Wir haben dann geschaut, wie hoch die Entschädigungssumme überhaupt werden kann, wenn man eine solche Miete zugrunde legt und kommen auf 11 Milliarden Euro.

Ihr habt eine Riesenkampagne aus dem Boden gestampft. Die Bewegungsstiftung hat euch mit 15.000 Euro unterstützt. Hat so eine kleine Summe überhaupt eine Bedeutung?

Marieke: Ja, denn die Bewegungsstiftung hat uns ja vor allem am Anfang unterstützt, als es gerade bei uns losging. Zu wissen, dass es den Beratungstopf gab, auf den wir als gefördertes Projekt zugreifen konnten, war sehr entlastend.

Johannes: Die Förderung hat uns sehr in der Durststrecke zwischen der ersten und der zweiten Phase des Volksentscheides geholfen. Wir haben in der ersten Phase mehr als die erforderlichen 20.000 Unterschriften gesammelt. Die Prüfung der ersten Phase durch den Innensenator hat über ein Jahr gedauert. Sie wurde nur abgeschlossen, weil wir es gerichtlich durchgesetzt haben. In der Zeit war die Unterstützung der Bewegungsstiftung wichtig, weil wir so trotzdem die Mittel hatten, um politisch Druck zu machen.

Das Interview führte Lauritz Kidritsch.

Gespräch zum Nachhören

Eine lange Version des Interviews gibt es in unserem Podcast unter: t1p.de/bs-podcast